

## Rathausmarkt

# Die Ruhe vor dem Sturm im Wasserglas

24. Mai 2009, 02:32 Uhr

Schulferien und Himmelfahrt haben den Politik-Betrieb entschleunigt; da kommen naturgemäß abseitige Themen hoch. In der vergangenen Woche sah es so aus, als ob die Grünen-Angeordnete Nebahat Güclü (Grüne) mit dem originellen Vorschlag, "Feiertagskonten" einzuführen, auf sich aufmerksam machen wollte. Die Idee: Jeder soll sich seinen Feiertag nehmen, wann er will. Ob Ramadan, Yom-Kippur, Ostern oder Weltnichtrauchertag - ein kulturell-religiöser Grund sollte ausreichen. Dabei ließ Güclü ihren Gedanken nur im Internet-Portal [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) freien Querfeldeinlauf - und fand sich prompt in der Lokalpresse wieder. So überraschend effektiv kann Politik sein: Eine innovative Idee ohne Realisierungschance wurde groß verkauft. Aber halt: Was würde dann mit den beliebten Brückentagen passieren? Darüber sollte Güclü noch mal nachdenken.

Noch ein wichtiges Thema: Wahlrecht. Halt, nicht umblättern! Wir wissen um die schwierige Vermittlung dieses Komplexes, den nur ein eingeweihter Zirkel Mathe-manischer Demokratie-Theoretiker völlig durchschaut. Hier sei nur angemerkt, dass die Initiative "Mehr Demokratie" nun auch den jüngsten Kompromissvorschlag abgelehnt hat. CDU und SPD sind sauer, die Grünen verweisen vornehm auf ihre "Moderationsrolle". Nun läuft alles auf einen Volksentscheid hinaus, der zeitgleich zur Bundestagswahl terminiert sein wird. Möglicherweise ist ja weniger der Modus der Listenaufstellung das Problem, sondern dass die Leute überhaupt wählen gehen. Und das lässt sich in Diskussionsrunden so schlecht regeln.

Mehr Ehrlichkeit muss eben in die Politik! Aber mal ehrlich: Das sagt die Opposition doch seit langem. Sie fordert jetzt einen "Stopp der städtischen Privatisierungen", weil der Senat zusätzliche Millionen für die Anmietung öffentlicher Gebäude aufbringen muss, die er an einen Immobilienfonds verkauft hatte. Und der beglückt die Stadt jetzt mit einer Mieterhöhung von 4,6 Prozent. Gemein. Der Senat gesteht zerknirscht ein, dass die Mieterhöhung legal sei, aber höher als erwartet ausfiel. Die SPD aber will "Licht in die dunklen Privatisierungsgeschäfte" bringen. Halogenhell, bitte! Das wollen wir genauer wissen.

Und wenn doch alles nicht so schlimm wird, wie von der SPD lustvoll vorhergesagt? Wenn am Ende die Krise wieder abflaut und wir mit einem blauen Auge davonkommen? Dann haben wir wieder Zeit für wichtige Dinge. Zum Beispiel, uns einen persönlichen Feiertag auszusuchen, wenn Frau Güclüs Vorschlag umgesetzt wird. Wie wär's zum Beispiel mit dem 21. Juni? Da ist der "Tag des Schlafes".